Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1966.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatl. 18000,— M., durch die Post bezogen monatl. 18000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 5000,— M. Einzelnummer 1000,— M. Sonnabendnummer 1500,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2500,— M., auswärts 3000,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 12000,— M., auswärts 14500,— Ausland 10000 u. 20000 M. Bei mehrmalig. Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 1000 M

Nr. 167 | Dresden, Freitag den 20. Juli 1923 | 34. Jahrg.

England und Frankreich

Die beiden Hauptmächte der Entente haben sich durch den Krieg gegen Deutschland so fest verbündet, daß dies Bündnis in bestimmbarer Zeit nicht zu erschüttern ist. Es beruht auf gemeinsamen Interessen. Erst wenn diese gemeinsamen Interessen eine Wandlung oder Lockerung erfahren, erst dann werden sich die Beziehungen zwischen Frankreich und England ändern oder lösen. Aber diese Wandlung ist ein sehr langsamer Prozeß und wird nicht durch Einzelerscheinungen festgelegt. Selbst wenn die Entscheidungen in Einzelfragen auseinandergehen, schließlich auch zu verschiedener Taktik führen, ist damit das Bündnis der beiden Weltmächte noch nicht aufgehoben. Beweis: die französische und die englische Politik gegenüber Deutschland.

England hat den deutschen Imperialismus gefürchtet, bekriegt und niedergerungen. Es will niemals wieder von ihm bedroht werden. Deshalb läßt es gern die Bedrückung Deutschlands durch Frankreich geschehen. Freilich hat diese Politik zur Folge, daß Frankreich seinen Militarismus und Imperialismus so machtvoll entfaltet, wie England es auf die Dauer nicht vertragen kann. Sichert sich Frankreich den Rhein und schließlich auch die Ruhrkohle, zerrüttet es die deutsche Wirtschaft völlig, ja zersetzt und zerstückelt es das Deutsche Reich, so muß England Frankreichs Macht fürchten, die dann nicht nur in Europa erdrückend wäre, sondern im Orient, in Afrika usw. Englands Interessen bedrohte.

Hier liegt der Keim für die englischen Bedenklichkeiten, die sich immer deutlicher äußern.

In der Tat: England ist ängstlich. Das ganze englische Volk ist von der großen Angst beherrscht, daß die Zuspitzung der Gegensätze zwischen den beiden Westmächten der Beginn einer Entwicklung sei, die mit unentrinnbarer Gewalt zu kriegerischer Spannung und Kriegsgefahr zwischen den beiden Bundesgenossen von gestern führen müßte. Seit dem sechzehnten Jahrhundert ist England immer wieder in Gegensatz zur stärksten Macht des Kontinents geraten, der schließlich zum Kriege mit ihr geführt hat; England zittert davor, daß offener Bruch des Bündnisses nur der Anfang einer Entwicklung wäre, der schließlich abermals mit dem Kriege gegen die stärkste Kontinentalmacht enden würde. Es sind nicht so sehr die politischen Gegensätze der beiden Mächte, ihre Gegensätze in der deutschen und in der türkischen Frage, die diese Furcht nähren, als vielmehr die Entwicklung der militärischen Rüstungen.

Die Konferenz von Washington hat das Wettrüsten zur See zu verhindern versucht. Sie hat den Bau der Schlachtschiffe begrenzt. Aber Englands Versuch, die Seemächte auch zum Verzicht auf den Bau von Unterseebooten zu bewegen, ist in Washington an dem Einspruch von Frankreich und Japan gescheitert. So bauen die Seemächte nun U-Boote um die Wette. Frankreich baut sie; gegen wen? Gegen das entwaffnete Deutschland, gegen das zur See machtlose Rußland kann es sie nicht brauchen; der Gegner, gegen den es U-Boote baut, kann nur England sein. Aber das französische U-Boot ist für England eine gefährlichere Drohung, als es je die deutschen U-Boote sein konnten. Frankreich hat ja die unmittelbare vor Englands Toren gelegene U-Boot-Basis von Calais, die die deutsche Oberste Heeresleitung im Weltkriege mit Blutopfern ohnegleichen vergebens zu erobern versucht hat. England antwortet mit Gegenrüstungen; vor kurzem erst ist in Chatham ein Riesen-U-Boot, ein U-Boot-Dreadnought vom Stapel gelaufen, mit dessen Erbauung offenbar eine neue Aera der Unterseetechnik beginnt. Das Wettrüsten zur See gewinnt dadurch doppelt gefährlichen Charakter. Der Wettbau von Dreadnoughts hat die Spannung zwischen England und Deutschland so verschärft, daß sie sich schließlich im Kriege entlud; es ist Englands große Furcht, daß der Wettbau von Unterseedreadnoughts auf beiden Seiten des Kanals ebenso endet.

Noch gefährlicher aber als das Wettrüsten zur See müssen die Luftrüstungen Frankreichs den Engländern erscheinen. Kein Engländer hat die Schreckensnächte vergessen, in denen die Londoner mit Weib und Kind in der Tube, der Untergrundbahn, Schutz vor den Bomben der deutschen Zeppeline suchten. Aber was waren die armseligen paar deutschen Zeppeline gegen die riesigen Luftgeschwader, die Frankreich seit dem Kriegsende baut, deren der englischen Küste so nahe Basis sie London doppelt furchtbar machen muß und deren Gasbomben zureichen mögen, die Bevölkerung einer Großstadt in wenigen Stunden zu morden? Vor wenigen Wochen erst hat die englische Regierung dem Parlament eine Bill über den Bau einer riesigen Luftabwehrflotte vorgelegt; und so groß ist Englands Furcht vor den französischen Luftkriegsrüstungen, daß das Parlament die Vorlage ohne jede Opposition in ein paar Stunden erledigt, selbst die Arbeiterpartei gegen diese Antwort auf Frankreichs bedrohliche Rüstungen keinen Einspruch erhoben hat. Seit den Tagen der Stuarts haben sich die Engländer auf ihrer Insel vor jedem feindlichen Einbruch sicher gefühlt; die Entwicklung des Aeroplans hat ihnen diese Sicherheit genommen. Sie fürchten jetzt nicht nur, daß das neue Wettrüsten mit neuem Kriege endet; sie fürchten auch, daß dieser Krieg über ihren Städten, über ihrer Hauptstadt geführt werden wird!

Diese Furcht vor allem ist es, die England schwächt. England fürchtet den Bruch mit Frankreich. England fürchtet eine Entwicklung, die, einmal begonnen, kaum anders als mit noch furchtbarerem, noch entsetzlicherem Kriege enden könnte, als es der letzte große Krieg war. Aber trotz dieser Furcht verschärfen sich die Gegensätze zwischen den beiden großen Siegermächten immer mehr. Je länger England zaudert, je furchtbarer der französische Imperialismus den Kontinent verwüstet, desto gewisser kommt der Augenblick, in dem die Lebensinteressen der beiden Mächte in einen Konflikt geraten müssen, vor dem England nicht mehr zurückweichen kann, ohne sich selbst aufzugeben. Kein Zweifel: die Furcht vor diesem Konflikt wird schließlich auch in Frankreich die Widerstände gegen die Politik des französischen Imperialismus wecken. Ob sie schnell genug erstarken, davon wird das Schicksal der Welt abhängen. Der französische Imperialismus wird so sicher fallen, wie der deutsche gefallen ist. Er wird in neuem, entsetzlichem Kriege untergehen, wenn der französische Sozialismus nicht rechtzeitig die Kraft gewinnt, ihn im inneren Kampfe zu stürzen, ehe er die Welt in Flammen setzt. Das neue Wettrüsten, das Frankreich begonnen und das England nun aufgenommen hat, macht es anschaulicher denn je: die Herrschaft des Kapitals ist der Krieg; nur rechtzeitiger Sieg des Sozialismus kann die Welt vor neuem, entsetzlichem Massenmorden bewahren.

•

Die englische Regierung uneinig?

London, 19. Juli. Das Kabinett erörterte heute in zweieinhalbstündiger Sitzung die Dokumente, die an die Alliierten und die Vereinigten Staaten gesandt werden sollen, nämlich den Entwurf der Antwort an Deutschland, den Mantelbrief an die Alliierten und eine erläuternde Denkschrift. Sämtliche drei Schriftstücke sind von Lord Curzon entworfen worden. Reuter erfährt, daß keine Entscheidung erreicht worden ist und daß es nicht sehr überraschend sein würde, wenn die Absendung an die Alliierten und an die Vereinigten Staaten bis zur nächsten Woche verschoben werden sollte.

London, 19. Juli. Baldwin erklärte heute im Unterhause in Erwiderung auf eine Anfrage, er könne noch nicht sagen, wann er in der Lage sein werde, den Entwurf der Antwortnote an Deutschland veröffentlichen zu lassen.

•

Poincarés Manöver?

Paris, 19. Juli. (W. T. B.) Wie Chicago Tribune von autoritativer Seite erfahren haben will, sei das Hauptzugeständnis, das Theunis bei seiner letzten Unterredung mit Poincaré von diesem erreicht habe, daß Frankreich den internationalen Sachverständigenausschuß anerkennen werde, wenn der Antwortentwurf Baldwins eine geeignete Formel finde. Frankreich sei bereit, auch dann seine Zustimmung zu geben, wenn dem Komitee amerikanische und neutrale Sachverständige angehören.

Die deutschnationalen Mörderfreunde

Oberleutnant Ankermann verhaftet

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

Der Anstifter und Hauptbeteiligte des im Herbst vorigen Jahres auf Harden begangenen Attentats, ein früherer Oberleutnant Ankermann, ist am Mittwoch in Wien verhaftet worden und dürfte bald nach Berlin übergeführt werden. Mit Unterstützung der Geheimorganisationen, die in Deutschland, insbesondere nach dem Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei, wie Pilze aus dem Erdboden schießen, konnte er sich der Ermittlung der Behörden ein Jahr lang entziehen, während seine beiden Mittäter, Weichardt und Grunz, bekanntlich schon vor mehreren Monaten zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Selbstverständlich war auch Ankermann Mitglied der Deutschnationalen Partei, wie bisher alle Verbrecher gegen die Republik diesem Parteiverbande angehört haben und im allgemeinen aus München stammten oder hier nach vollbrachter Tat und geglückter Flucht Unterschlupf fanden. Verwunderlich ist es darum nicht, wenn auch die Helfershelfer Ehrhardts allgemein sich als Mitglieder der Deutschnationalen Partei herausstellen und das zur Flucht benutzte Auto inzwischen in München beschlagnahmt werden konnte. Es handelt sich also wieder um Anhänger der Partei, die bei Herrn Cuno regelmäßig Gehör finden, und um das München, das bei ihm mehr Zutrauen genießt als alle deutschen Landesregierungen zusammen.

Einen Beweis hierfür hat der gegenwärtige Reichskanzler, ein Mann, der jeden Tag mehr zeigt, daß er auf den Posten, auf dem er steht, nicht gehört, inzwischen durch seine Erklärung gegen den Bürgerkrieg erbracht. Er verweist unter anderm darauf, daß seine Regierung mit den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen „im Interesse der ruhigen Entwicklung" unsrer inneren Verhältnisse ein Einvernehmen zu pflegen bereit ist. Also ausschließlich mit zwei Landesregierungen, die sozialistische Parlamentsmehrheiten aufweisen. Mit Bayern über eine ruhige Entwicklung unsrer Verhältnisse ein Einvernehmen zu pflegen, hält Herr Cuno scheinbar nicht für notwendig, weil das Bayern von heute in den letzten zwei Jahren sämtliche Verbrecher gegen die Republik großzog. Zweifellos hat er zu seiner Haltung allen Anlaß, denn das Bayern von heute entspricht seiner Gesinnung, weil es dem Empfinden der Deutschnationalen entspricht. Und das nennt sich Reichskanzler der Deutschen Republik!

Ehrhardt und die Mitschuldigen

Aus Leipzig wird uns geschrieben:

Die Flucht des Kapitäns Ehrhardt wächst sich immer mehr und mehr zu einem Skandal aus, in dem der Oberreichsanwalt eine wenig rühmliche und der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, Herr Senatspräsident Schmidt, eine direkt zweifelhafte Rolle spielen. Unverständlich ist die Rücksichtnahme des Oberreichsanwalts auf die verhaftete Prinzessin von Hohenlohe-Oehringen. Ehrhardt, der ein brutaler Egoist ist und den die Beamten, die mit ihm während der Untersuchung zu tun gehabt haben, als einen äußerst feigen Menschen bezeichnen, gab die Prinzessin und die Beamten preis. Immerhin kein Grund, daß der Oberreichsanwalt von dem Leipziger Polizeipräsidenten verlangt, daß die Prinzessin in nächster Woche im geschlossenen Auto und durch Beamte in Zivil nach dem Gerichtssaal gebracht wird. Ist das Verhalten des Oberreichsanwalts unverständlich, so ist die Rolle, die der Senatspräsident Schmidt, dem die Republik ihren Schutz anvertraut hat, spielt, derart, daß man sich fragen muß, ob es noch zu verantworten ist, wenn dieser Schützer der Republik noch einen Tag auf seinem verantwortungsvollen Posten bleibt. Hätte die Republik republikanische Beamte, so wäre uns die Blamage erspart geblieben, daß Ehrhardt (am Tage) aus dem Gefängnis flüchtete. Die Flucht Ehrhardts ist von langer Hand vorbereitet. Zum mindesten seit vier Wochen war sie peinlich genau ausgeknobelt. In dem Hause des Götz, der den Kraftwagen nach München lenkte, beschlagnahmte die Polizei eine Strickleiter, Stahldegen, schwarze Gesichtsmasken, eine wilhelminische Marineflagge, Stahlhelme und andres Kriegs-, Zu- und Ausbrecherwerkzeug. Schon einmal war der Versuch gemacht, Ehrhardt zu befreien, aber mißlungen. Um so mehr begreift man aber die Nachlässigkeit nicht, mit der Gefängnisdirektor v. Zeschwitz die Maßregeln durchführte, die getroffen waren, um eine Flucht Ehrhardts zu vereiteln. Man kann beruhigt sagen, v. Zeschwitz hat die Flucht Ehrhardts mit ermöglicht. Hoffentlich zieht man ihn, der sich ganz entschieden die Begünstigung der Flucht Ehrhardts hat zuschulden kommen lassen, zur Verantwortung, und mit ihm den genannten Senatspräsidenten Schmidt. Wenn Zeschwitz nicht energisch genug war, so konnte er das, weil Schmidt Ehrhardt Begünstigungen zukommen ließ, die ungewöhnlicher Natur waren. Ehrhardt hatte nicht nur stundenlang den Besuch seiner Frau, mit der er — nebenbei gesagt — auf sehr gespanntem Fuße steht, sondern auch — und ebenso lange — den seines Vetters, eines gewissen Karl Ehrhardt aus Hamburg, den die Hamburger Polizei soeben auf Veranlassung der sächsischen Polizei in Haft genommen hat. So war Gelegenheit geboten, Ehrhardt bis ins kleinste zu informieren und so konnte die Flucht leicht ins Werk gesetzt werden.

Die Durchführung der Flucht wurde infolge der anfangs harmlosen gerichtlichen Verfolgungsmaßnahmen des Flüchtlings erleichtert. Eine neue Photographie von Ehrhardt war nicht im Besitz des Gerichts. Die vorhandene war alt und unbrauchbar, stellte Ehrhardt vor Jahren, als er noch in Freiheit war, dar. Selbst als sich der Flüchtling vor kurzem den Bart abnehmen ließ, rührte man keinen Finger, fand das ganz in der Ordnung und fertigte von dem veränderten und bartlosen Ehrhardt kein Bild an. Der Steckbrief, den der Oberreichsanwalt erließ, zeigte ein altes und unbrauchbares Bild. Als das öffentlich gerügt wurde, mußte sich der Oberreichsanwalt das Bild Ehrhardts auf einer Postkarte verschaffen, das Ehrhardt von Bekannten ins Gefängnis geschickt wurde, ihm aber nicht ausgehändigt worden war. Das alles läßt die Haltung Schmidts sehr zweifelhaft erscheinen, um so mehr, als dem Verteidiger Ehrhardts, einem Rechtsanwalt Lütgebrune, der in der Affäre Ehrhardt sehr wahrscheinlich mehr als die Rolle des Verteidigers gespielt hat, bereits nach Ablauf der Ehrhardt ursprünglich eingeräumten Frist zur Erklärung auf die Anklage eine reichliche Fristverlängerung bewilligt wurde, was sonst nicht so häufig und so schnell vorkommen soll. Dadurch wurde möglich, daß die Ehrhardtsache in die Hand des Senatspräsidenten Schmidt kam. Der als zuverlässig bekannte Republikaner Niedner, erst heute Vorsitzender des Staatsgerichtshofes, wurde ausgeschaltet. Dies redet Tatsachen, rückt den Leipziger Skandal in das rechte Licht.

Inwieweit das eigentliche Gefängnispersonal Ehrhardt bei seiner Flucht behilflich war, steht bis jetzt noch nicht fest. Jedenfalls reichen die Verdachtsmomente nicht aus, um strafrechtlich gegen die Beamten, die sich auf jeden Fall gegen grober Pflichtverletzung disziplinarrechtlich zu verantworten haben, vorzugehen.

•

Die Meldungen der Leipziger Neuesten Nachrichten über die Flucht Ehrhardts sind in ihrem wesentlichen Teil falsch. So teilt das Blatt, das merkwürdig schnell über Ehrhardts Flucht unterrichtet war, mit, daß die Leipziger Polizei das Haus des Götz, der den Kraftwagen lenkte, überwache. So werden die Helfershelfer Ehrhardts gewarnt; das Blatt machte sich also bewußt der Begünstigung zur Flucht Ehrhardts schuldig.

•

Der Kraftwagen

S. P. D. München, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Leipziger Ermittlungen über die Flucht Ehrhardts haben

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230720/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG